

III. Finanzielle Bestimmungen. Für die Moratoriumszeit.

1. Jahr 1924/25 1000 Millionen Goldmark, und zwar 800 Millionen aus einer auswärtigen Anleihe und 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen. Die 800 Millionen dienen zur Finanzierung der Sachleistungen und der Besatzungskosten. Soweit Anleihen nicht zuhandeln können, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden. 2. Jahr 1925/26 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Eisenbahn.

Für die Übergangszeit.

3. Jahr 1926/27 1200 Millionen bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln. 4. Jahr 1927/28 1750 Millionen bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln.

Für das Normaljahr.

5. Jahr 1928/29 2500 Millionen bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und den Haushaltsmitteln.

Zu den Sachleistungen, die vom 5. Jahr ab (Normaljahr, das ist das Reparationsjahr 1928/29) in Höhe von 2500 Millionen Goldmark zu übernehmen sind, sollen in den darauf folgenden Jahren Zusatzbeiträge gezahlt werden, die sich nach einem kombinierten Index errechnen.

Bei der Bemessung der Leistungen unterscheiden die Sachverständigen scharf zwischen den Summen, die Deutschland für Reparationszwecke überhaupt aufbringen kann, und den Markbeiträgen, die an das Ausland übertragen werden können. Sie stellen fest, daß Zahlungen nach außen nur aus dem Überschuss der Wirtschaftsbilanz bewirkt werden können.

Fortführung der Sachleistungen.

Die Fortführung der Sachleistungen halten die Sachverständigen für notwendig. In der finanziellen Auswirkung sehen sie keinen Unterschied zwischen Sach- und Geldleistungen. Beide müssen aus dem Ausführüberschuss gedeckt werden können, wenn nicht die Währung zerstört werden soll. Alle Sachleistungen, die nicht auf Rohstoffe beschränkt sind oder deren Durchführung eine vorherige Einfuhr nach Deutschland erfordert, werden für unwirtschaftlich erklärt.

Die Sachverständigen legen ein Hauptgewicht darauf, daß der Ausgleich des Haushalts nicht bloß hergestellt, sondern auf die Dauer erhalten wird. Sie erörtern in großen Zügen das Steuerproblem unter besonderer Berücksichtigung der Steuerergebnisse während der Inflationszeit, sowie die Frage gleichmäßiger Steuerbelastung in Deutschland und den alliierten Staaten.

Die Sachverständigen halten es für ausgeschlossen, daß Deutschland im Jahre 1924/25 in irgendeiner Weise aus seinen Haushaltsmitteln zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen an die Alliierten Beiträge leisten kann (Moratorium). Jede Forderung von solchen Zahlungen würde nach Ansicht der Sachverständigen den Aufbau des Haushalts und die Stabilität der Währung gefährden. Die Finanzierung der Sachleistungen soll daher im Jahre 1924/25 durch eine internationale Anleihe erfolgen.

Belastung der Industrie.

Der Industrie, dem Handel und dem Verkehr wird eine Belastung von 5 Milliarden Goldmark auferlegt, die in sogenannten Industrie-, Schuldverschreibungen mobilisiert werden soll. Die Schuldverschreibungen sind nach einer geringeren Verzinsung in der Übergangszeit vom 4. Jahre ab mit 5 % zu verzinsen und mit 1 % zu tilgen.

Die Reparationsleistungen sollen durch bestimmte Einkünfte gesichert werden. Von der Empfehlung einer mittelbaren oder unmittelbaren Kontrolle der gesamten deutschen Finanzgebarung wird Abstand genommen, es sei denn, daß ein beachtlicher Verlust Deutschlands gegen die jetzt übernommenen Verpflichtungen vorliegt. Als Sonderpfand sollen die Einkünfte der Zölle und der Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker dienen.

Die Kontrolle.

Die Kontrolle wird einem besonderen Kommissar übertragen, dem Unterkommissare für jede zur Sicherung dienende Steuer beigeordnet sind. Die Befugnisse des Kommissars sollen, solange die Einkünfte zureichen, zurückhaltend ausgeübt werden, gestatten aber im Falle einer verringerten Ertrages der Einnahmemechanismen Eingriffe jeder Art. Die Sachverständigen sehen die Einsetzung eines

Kommissars für die Notenbank, für die Eisenbahn, für die zur Finanzierung der Reparationen dienenden Einnahmequellen des Budgets und nötigenfalls für die Industriebelastung vor.

Am Schluß seiner Ausführungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands stellt der Sachverständigenausschuss ausdrücklich fest, daß die von Deutschland zu fordernden Summen alle Kosten enthalten, die aus dem Kriege entstanden sind, insbesondere die Reparationen, die Restitutions, alle Ausgaben für die Besatzungsarmeen, die Ausgleichszahlungen, die Ausgaben für die Kontrollkommissionen, andere Überwachungen usw. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn in dem Bericht des Komitees oder in seinen Anhängen von Verzugszahlungen die Rede ist, damit alle Lasten gemeint sind, die Deutschland von den Alliierten und assoziierten Mächten für die Kriegskosten auferlegt sind.

Wirtschaftliche und finanzielle Hoheit.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit Deutschlands im besetzten Gebiet wird von den Sachverständigen an verschiedenen Stellen ihres Berichtes als Vorbedingung der Gesamtheit ihrer Vorschläge bezeichnet.

Die Sachverständigen sagen: Die Wiederherstellung des deutschen Kreditvermögens im In- und Auslande ist die Grundlage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Dieser Kredit aber kann nicht wiederhergestellt werden, solange der jetzige Zustand im Ruhr- und Rheingebiet fortbauert. Wir haben uns deshalb gezwungen gesehen, davon auszugehen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt wird, und alle unsere Vorschläge sind auf dieser Annahme basiert.

Und an anderer Stelle heißt es: Nur wenn die wirtschaftliche und finanzielle Hoheit des Reiches für sein gesamtes Gebiet wiederhergestellt ist, kann Deutschland aus eigener Kraft sein Budget balancieren. Ferner: Der Erfolg unseres Planes hängt unbedingt ab von der Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Hoheit, und es muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Durchführung des Planes hinausgeschoben werden muß, wenn die Wiederherstellung dieser Hoheit verzögert wird. Alle Fristen des Zahlungsplanes haben nur unter dieser Voraussetzung Geltung.

Politische Rundschau

Die Einigung mit den Eisenbahnern.

An die Bewilligung der höheren Stundenlöhne und der übrigen Forderungen der Gewerkschaften knüpfte die Regierung eine Reihe von Bedingungen, über die mit den Arbeitervertretern verhandelt wird. Jedoch ist die Einigung als vollzogen zu betrachten und es wird erwartet, daß überall die Arbeit aufgenommen wird.

Beratung des Reichskabinetts über die Sachverständigenberichte.

Berlin, 9. April. Die Regierung hat im Laufe des Nachmittags eine erste Vorprüfung derjenigen Teile des Sachverständigenberichts durchgeführt, die bis dahin hier in Berlin eingetroffen und überlegt waren. Eine endgültige Stellungnahme zu den Sachverständigenberichten ist selbstverständlich vor Kenntnisnahme des vollen Inhalts ausgeschlossen. Am unmittelbaren Anschließ haben kurze Verhandlungen mit den heute früh hier eingetroffenen Mitglieder der Sachverständigenkommission stattgefunden, die über ihre gestrigen Verhandlungen mit der Nicum in Düsseldorf berichteten. Diese Besprechungen wurden aber auf morgen vertagt, da man erst in der Prüfung des Sachverständigenberichts weiter fortfahren möchte, ehe man den Herren der Sachverständigenkommissionen Ratsschlüsse für ihr Verhalten bei den am Freitag wieder aufzunehmenden Verhandlungen mit der Nicum auf den Weg gibt.

Freimaurer und Nationalverband deutscher Offiziere.

Die den drei altpreußischen Großlogen angehörenden Offiziere, Reserve- und Landwehroffiziere, Sanitätsoffiziere und höhere Militärbeamten haben in von mehreren hundert Angehörigen besuchten Versammlungen in Berlin und Hamburg eine Entschleunigung gefordert, in der sie sich scharf dagegen wenden, daß der Nationalverband deutscher Offiziere — Landesverband Groß-Berlin — beschließen hat, Freimaurer, ganz gleich welchen Systems, aus seinen Reihen auszuschließen.

Die Stimmenverluste der Parteien bei den bayerischen Wahlen.

München, 9. April. Nach einem Ueberblick über die Verluste der einzelnen Parteien bei der Landtagswahl haben die Sozialdemokraten, wenn man diese Partei in ihrer Gesamtheit als Vereinigung der sozialistischen und unabhängigen Partei nimmt, einen Stimmenverlust von 320 327, die bayerische Volkspartei einen solchen von 136 106, die bayerische Mittelpartei 73 368, die Demokraten von 141 608 und der Bauernbund 27 468 zu verzeichnen. Auf der anderen Seite haben sich rund 70 000 Stimmen in den ausgetretenen mittelparteilichen Gruppen gesplittelt. 491 862 Stimmen sind dem neuauftretenden bayerischen Volk ausgefallen. Gemessen an den Wählerlisten wäre für die Regierungsbildung eine Stimmenzahl von 1 318 878 notwendig. Bekanntlich hat aber die bayerische Volkspartei 919 587 Stimmen erhalten.

Die Nicumverträge und die Ruhrindustrie.

Köln, 9. April. Zu den Verhandlungen mit der Nicum erfährt die Rheinische Zeitung, daß der Ruhrbergbau unter dem Zwange der nun einmal bestehenden Verhältnisse bereit ist, die Sachleistungen auch nach dem 15. April fortzusetzen, um das eben erst eingemachten in Gang gekommenen Wirtschaftslieben des Ruhrgebietes nicht in der Gefahr einer neuen Katastrophe auszuweichen. Die Werke sind aber nicht lebensfähig, wenn sie weiterhin für 35 bis 40 v. H. ihrer Förderung keine Bezahlung erhalten. Besonders die kleineren Bergbauunternehmungen ohne Nebenprodukte befinden sich in einer trostlosen finanziellen Lage. Der Ruhrbergbau sieht einen Weg zur Weiterführung der Sachleistungen, wenn eine Vereinbarung zustande käme, die ihm eine Bezahlung der Sachleistungen in der Zeit nach Ablauf der jetzigen Nicumverträge bis zur Gewährung der von den Sachverständigenangehörigen vorgeschlagenen Reparationsanleihe an Deutschland ebenfalls aus dieser Anleihe zusichert. Der Ruhrbergbau ist der Meinung, daß die Geldgeber, die unter den heutigen Verhältnissen für die Vergabe von Krediten an den Ruhrbergbau kaum zu bewegen seien, bei einer solchen Zusicherung eine genügende Sicherheit finden für Lieferungen bis zu dem Zeitpunkt, wo die Sachleistungen aus der Reparationsanleihe bezahlt werden. Die Kronposten stehen gegenüber diesen Vorschlägen des Bergbaues auf dem Standpunkt, daß die Finanzierung der Lieferungen, auf deren Fortführung sie unbedingt bestehen, eine deutsche Aufgabe sei. Bis zum Freitag, wo die Sachverständigen mit den Franzosen wieder zusammentreten, wird man nun auf deutscher Seite nach einem Weg suchen, auf den für die nächste Zeit die Weiterführung der Sachleistungen sich ermöglichen läßt.

Die Abreise der Sachverständigen.

Paris, 9. April. Die meisten ausländischen Sachverständigen werden Paris noch vor Ende dieser Woche verlassen. General Dames bricht heute nach Italien auf, von wo er sich nach kurzem Aufenthalt am 22. April nach Neapel einschiffen wird.

Heute Beschlussfassung der Botschafterkonferenz über die deutsche Kontrollnote.

Paris, 9. April. Man erwartet, daß die Botschafterkonferenz heute ihre gewöhnliche Sitzung abhalten und einen definitiven Beschluß über die deutsche Note vom 1. 4. 24 hinsichtlich der Abrüstungsfrage fassen wird. Es heißt, daß die Botschafter nunmehr in den Besitz der Instruktionen ihrer Regierungen gelangt sind.

Kurze politische Mitteilungen

Deutsche Goldbank Berlin.

Berlin, 9. April. Die Deutsche Goldbank ist am 7. d. M. eröffnet worden. Sie wird in den nächsten Tagen den Verkehr mit dem Publikum aufnehmen, worüber noch Nachricht erteilt.

Eingeschränkter Postamtsverkehr.

Berlin, 9. April. Der Postamtsverkehr nach dem Ausland ist vorübergehend eingeschränkt worden, und zwar ist der Weisensatz einer Postanweisung auf den Gegenwert von 100 Rentenmark herabgesetzt worden; ferner darf von einem Abnehmer täglich nur eine Postanweisung nach dem Ausland aufgegeben werden.

Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 9. April. Zweigstellen von Erwerbslosen usw. haben — soweit die Landesregierung nicht Abweichendes bestimmt — seit dem 1. April die bei ihnen eingehenden Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge nicht mehr an ihre Hauptverwaltung, sondern selbstständig an den für ihren eigenen Sitz zuständigen

Wissenschaft · Kunst · Literatur

Luftkriegsende?

Geheimnisvolle Strahlen und ihre Wirkung.

London, 9. April.

Der englische Erfinder H. Rindell-Matthews will geheimnisvolle Strahlen erfunden haben, durch welche die Magnete von Flugzeugen außer Tätigkeit gesetzt werden können, so daß alle Luftangriffe in Zukunft vereitelt werden könnten. Mehrere Londoner Blätter berichten in spaltenlangen Artikeln über Rindells Versuche, und es wird behauptet, daß sie hielten, was der Erfinder in Aussicht stellte.

Eine neue Strahlenart.

Schon einmal ist die Welt durch die Entdeckung geheimnisvoller Strahlen, die eine ganz besondere Wirkung ausüben, überrascht worden: das war damals, als Konrad Wilhelm Röntgen die nach ihm benannten Strahlen, die er selbst X-Strahlen nannte, und für die sich alle Körper mehr oder weniger durchlässig erwiesen, entdeckte. Wissenschaft soll nicht Sensation sein, aber Forschungsergebnisse wirken oft ohne das besondere Zutun des Forschers sensationell, wenn sie Fragen und Dinge, die die ganze Welt angehen, betreffen. Das gilt auch für die neue Entdeckung, die jetzt von London aus der Welt verkündet wird: wenn sie hält, was die — Zeitungen versprechen, muß sie eine Sensation von epochenmachender Bedeutung werden.

Der Luftkrieg! Wer hätte während des Weltkrieges, der uns den Luftkrieg erst in seinen Anfängen zeigte, nicht gebangt und gezittert — bewußt oder unbewußt — wenn er von Bombenwürfen aus der Luft hörte, wenn er las, daß barmtose Menschen von plötzlich auftauchenden Flugzeugen aus beschossen und in Stücke gerissen, daß ganze Häuflein vom Erdboden wegrastritten wurden, und

irgendwer wemchen Lebensarbeit in einem Nu vernichtet war. Wer hätte damals nicht gewünscht, daß solchen Greueln möglichst rasch wieder ein Ende bereitet, daß die neue Erfindung des Teufels durch eine noch neuere, wirksamere paralytisiert werden möge! Nun, der englische Erfinder Rindell-Matthews will das zustandebringen können, will mit geheimnisvollen Strahlen, die er „erfunden“ hat, Flugzeuge in ihrer gesamten Tätigkeit lahmlegen können, sooft das not tut.

Rindell-Matthews ist in England als Erfinder nicht ganz unbekannt: er hat schon während des Krieges einmal für ein Experiment, das er vor militärischen Sachverständigen ausführte, eine Prämie erhalten. Die Sache wurde damals sehr geheimnisvoll behandelt, weil es sich eben, wie man jetzt wohl annehmen darf, um einen Vorversuch mit den geheimnisvollen Strahlen handelte. Einstweilen kann wohl nur von Laboratoriumversuchen die Rede sein, denn der Erfinder kann vorerst nur auf eine Entfernung von 60 Fuß arbeiten; aber bald will er seine Strahlen auf Entfernungen von mehr als 1000 Fuß wirken lassen können, dann meilenweit und schließlich vielleicht gar ins Unbegrenzte, da es — mindestens „theoretisch“ — eine Grenze für das Wirkungsgebiet der Rindellschen Strahlen nicht gibt. Sagen die Londoner Blätter! Immerhin verdient, was bis jetzt schon erreicht worden ist, vollste Aufmerksamkeit, vorausgesetzt, daß in den Berichten nicht übertrieben wird. Durch die geheimnisvollen Strahlen würde auf eine Entfernung von 60 Fuß ein winziges Mäuslein getötet, wurde Pulver zur Explosion gebracht, wurden elektrische Lampen entzündet, wurden die Magnete von Motoren und Flugzeugen glatt erledigt. Warum soll man also nicht auch größere Wirkungen erzielen können? Munitionslager in die Luft sprengen? Menschen töten? Jeyepelme in Flammen aufgehen lassen? Ein Assistent des Erfinders, der einmal während eines Experiments in den Kreis der Strahlen geriet, fiel wie leblos zu Boden und war einen ganzen Tag lang bewußtlos.

Wofür wird an der weiteren Auswertung und Verboikommunata der Erfindung gearbeitet. Man will au-

nächst den Versuch machen, eine Granate mitten im Fluge zur Explosion zu bringen, und Rindell-Matthews zweifelt nicht an dem Gelingen des Experiments. Von großer Bedeutung ist ferner, daß die Kraft der Strahlen „reguliert“, sozusagen gebändigt werden kann: ein Mensch, der getroffen wird, braucht nicht sofort getötet zu werden; der Lenker der Strahlen kann es vielmehr so einrichten, daß der Betroffene nur für Tage oder Stunden betäubt und kampfunfähig gemacht wird. Und wie Menschen, kann man natürlich auch Tiere vernichten, was z. B. für die von großen Fleischerschneidern heimgesuchten Länder von großer Wichtigkeit wäre. Die Riesenstadt London könnte in einem Umkreis von mehr als fünfzig Meilen gegen alle Luftangriffe „sicher“ werden, denn kein einziges Flugzeug würde in den durch die Strahlen gezogenen Bannkreis auch nur eindringen können.

Eine Kleinigkeit nur wäre zu beachten: der Kostenpunkt. Der Erfinder Londoner z. B. würde etwa 3 Millionen Pfund Sterling kosten, denn es müßten Kraftstationen von ungewöhnlicher Stärke gebaut werden, denn die Zerstörungskraft der Rindellschen Strahlen hängt wesentlich von der Stärke von der zur Verfertigung dienenden elektrischen Kraft ab. Im übrigen soll, wie die englischen Blätter wissen wollen, vor kurzem auch in Deutschland eine den Rindellschen Strahlen ähnliche Strahlenart entdeckt oder erfunden worden sein.

Der gewissenhafte Girardi. Es war in den achtziger Jahren. Meister Johann Strauß leitete die Proben zur bevorstehenden Premiere des „Zigeunerbarons“. Soli, Chor und Orchester, alles warierte bereits über eine Stunde auf den durch sein häufiges Zutrittstretten auf der Probe nicht weniger berühmten Alexander Girardi. Endlich wird er geschickt, große Nervosität aller Beteiligten. Strauß liegt ihm erregt entgegen: „Kanal, ich war' an deiner Stelle gar nicht gekommen.“ Girardi (mit lächelndem): „Ja, Du, mein Lieber, aber ich bin eben gewissenhaft.“